# Berichterstattung 2026 der Vertretung des Kantonsrates in der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (Herbsttagung)

Bericht der Vertretung des Kantonsrates in der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz vom 23. Oktober 2026

Die Vertreterinnen und Vertreter der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (IPBK)[1] trafen sich am 23. Oktober 2026 auf dem Uetliberg in Zürich. Die 66. Sitzung, an der Delegierte der Landtage und Kantonsparlamente der vier Bodenseeländer teilnahmen, wurde von der Präsidentin des Kantonsrates des vorsitzenden Kantons Zürich, Romaine Rogenmoser, geleitet. Im Zentrum der Herbsttagung standen die Vorstellung von grenzüberschreitenden Projekten zur Kreislaufwirtschaft und der künftige Umgang mit der Ressource Wasser. Die Tagung zeigte einmal mehr die Notwendigkeit gemeinsamer politischer Lösungen und enger Zusammenarbeit rund um den Bodensee.

Das Ziel der IPBK ist es, die Anliegen der Bevölkerung in der Bodenseeregion aufzunehmen, die Standortattraktivität zu erhöhen und die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig zu sichern. Die IPBK fördert ausserdem den Meinungsaustausch und die Zusammenarbeit der Parlamente auf regionaler Ebene, bringt Anliegen in die Internationale Bodensee-Konferenz (IBK) ein und initiiert gemeinsame Projekte.

**Kreislaufwirtschaft – grenzüberschreitende Projekte**
Anknüpfend an die Frühjahrstagung berichteten die Delegierten über konkrete Projekte aus ihren Regionen, darunter Zirkulit[2] aus Zürich, ein mobiles Minihaus aus wiederverwendeten Materialien aus Schaffhausen[3], ReStoff[4] aus Bayern und die Anlaufstelle Circular Länd[5] aus Baden-Württemberg. Die St.Galler Delegation verwies auf die kantonale Abfall- und Rohstoffwirtschaft, das Circular Lab der Universität St.Gallen und den ecocircle der Energieagentur St.Gallen. Anschliessend bewerteten die Delegierten die vorgestellten Ansätze hinsichtlich ihres Potenzials für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Die Berichterstattung zeigte, dass vielerorts Strategien, Planungen sowie Netzwerk- und Fachstellen bestehen, konkrete grenzüberschreitende Projekte jedoch erst vereinzelt bekannt sind. Im Plenum bestand Einigkeit darüber, dass die IBK Synergien evaluieren und gemeinsame Projekte vorantreiben soll, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Die St.Galler Delegation wird eine Interpellation einreichen, um die kantonale Umsetzung der Massnahmen aus der Schwerpunktplanung der Regierung 2025–2035 (Schwerpunktziel 3, Massnahme 9)[6], aus der Abfallplanung[7] und aus dem Energiekonzept darlegen zu lassen.

**Wasser – Herausforderungen und parlamentarischer Handlungsbedarf**
Norbert Kräuchi, Abteilungsleiter Landschaft und Gewässer des Kantons Aargau, zeigte in seinem Inputreferat auf, dass Sommertrockenheiten und Wasserdefizite häufiger und intensiver auftreten dürften. Der Wasserhaushalt habe an Widerstandsfähigkeit eingebüsst, weil natürliche

1 Für weitere Informationen siehe www.bodenseeparlamente.org.
2 https://zirkulit.ch/
3 https://zirkulaeresbauen.ch/
4 https://chemiecluster-bayern.de/projects/restoff/
5 https://circular-laend.de/
6 https://www.schwerpunktplanung.sg.ch/Schwerpunktziel_3/Massnahme_9.html
7 Siehe Abfall- und Rohstoffwirtschaft im Kanton St.Gallen.

Wasserspeicher drainiert oder versiegelt worden seien. Er präsentierte die Wasserstrategie des Kantons Aargau vom Juni 2026[8] und ging auf Zielkonflikte ein, etwa zwischen einer aktiveren Rolle des Kantons und der Gemeindeautonomie oder zwischen Nutzungsinteressen und ökologischer Tragbarkeit. Weiter erläuterte er die Empfehlungen des Netzwerks Anpassung an den Klimawandel vom August 2026, die unter anderem eine Pflicht zur regionalen Wasserressourcenplanung, bessere Datengrundlagen und eine verstärkte interkantonale Koordination vorsehen. Unterschiedliche Einschränkungen in benachbarten Gemeinden seien für die Bevölkerung kaum nachvollziehbar. Er regte an, dass jeder Kanton eine Wassermanagement-Delegierte oder einen Wassermanagement-Delegierten als Ansprechperson bezeichnet. Fehlende finanzielle und personelle Ressourcen seien ein Haupthindernis für die Umsetzung. Entscheidend seien neue Denkansätze, Zusammenarbeit über institutionelle Grenzen hinweg und Transparenz.

In der anschliessenden Diskussion und Gruppenarbeit standen der regulatorische Handlungsbedarf und anstehende parlamentarische Entscheide im Vordergrund. Als zentral erachteten die Delegierten eine stärkere überregionale Zusammenarbeit, einen sparsamen und effizienten Wassereinsatz, etwa durch Tröpfchenbewässerung in der Landwirtschaft, verlässliche Daten als gemeinsame Entscheidungsgrundlage sowie die Finanzierung der Massnahmen. Vorarlberg verwies auf seine Wasserwirtschaftsstrategie, Bayern auf den im Jahr 2026 eingeführten Wassercent, der unter anderem ein Instrument zur Steuerung der Wassernutzung finanziert. Zudem wurde das Projekt Rhesi am Alpenrhein genannt, das Hochwasserschutz, Renaturierung und Trinkwassernutzung verbindet.

Grundsätzlich wurde ein Umdenken im Umgang mit Wasser gefordert. Zur Diskussion stand, ob Trinkwasser zweckmässig eingesetzt wird, etwa für die WC-Spülung, und ob das Verursacherprinzip stärker zu gewichten ist. Die Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB)[9] soll in die künftigen Arbeiten einbezogen werden. Die IPBK wird ihre Anliegen in einem Schreiben an die IBK übermitteln. Sie wird die IBK ersuchen, überregionale, verlässliche Daten zur Wasserwirtschaft zusammenzutragen und auszuwerten, die Entwicklung zu dokumentieren und zur Finanzierung der Massnahmen Stellung zu nehmen.

**Berichterstattung aus der IBK**
Die Zürcher Staatsschreiberin Kathrin Arioli informierte über die Aktivitäten der IBK. Diese befasst sich mit ihrer Zukunftsstrategie 2050 zu Wettbewerbsfähigkeit, demografischem Wandel und Umwelt sowie mit den Resultaten des Jugendkongresses.

**Verschiedenes**
Die Arbeitsgruppe «Einheitsticket für die Bodenseeschifffahrt» wurde beauftragt, eine Resolution auszuarbeiten, welche die IBK auffordert, ein Einheitsticket unter Einbezug des gesamten öffentlichen Verkehrs einzuführen. Zudem prüft die Arbeitsgruppe, ob die Problematik der invasiven Quagga-Muschel für die Untersee-Rhein-Schifffahrt einbezogen werden soll.

Die St.Galler Delegation vermeldete zudem den erfolgreichen Abschluss des Projekts «Archivierung der IPBK-Unterlagen». Die Parlamentsdienste werden mit der nächsten Ablieferung die aufbereiteten Dossiers dem St.Galler Staatsarchiv übergeben. Mit der 66. Sitzung endete der Zürcher Vorsitz, und der Kanton Zürich übergab den Vorsitz der IPBK an das Fürstentum Liechtenstein.

---

8 Der Kanton St.Gallen verfügt mit dem Leitbild Wasserversorgung über ein bewährtes Strategie- und Planungsinstrument. Im Bericht 40.22.02 «Langfristige Sicherstellung der Wasserressourcen im Kanton St.Gallen» wurde der Handlungsbedarf und Massnahmen festgehalten.

9 https://www.igkb.org/